

Der Oekonomist.

Ein Finanzplan.

Vom Abgeordneten Dr. Otto Steinwender.
Generalberichterstatter über das Budget im
Abgeordnetenhaus.

Wien, 26. September.

Der Abgang in der „dauernden Gebarung“ erscheint im Staatsvoranschlage mit rund 1900 Millionen Kronen ausgewiesen. Durch häufige Wiederholung hat man sich an diese Ziffer gewöhnt, richtig ist sie aber nicht, denn die dauernden Ausgaben erhöhen sich durch den Zinsenzuwachs und durch die Ueberweisungen an die Länder, die für die zweite Hälfte des Rechnungsjahres nicht eingestellt sind, um weitere 600 Millionen Kronen. Diesem Gesamtabgang von 2500 Millionen Kronen wurden gegenübergestellt: 500 Millionen Kronen aus den schon in parlamentarischer Behandlung stehenden Mehreinnahmen und 600 Millionen Kronen aus den neuen Erhöhungen der Eisenbahn- und Posttarife. Bliebe also ein zu bedeckender Rest von 1400 Millionen Kronen. Aber auch diese Ziffer ist nicht richtig. Denn die Mehreinnahmen aus dem Eisenbahn- und Postwesen haben erst zwei Monate nach Beginn des Rechnungsjahres begonnen, und wann die Mehreinnahmen aus den Verbrauchssteuern beginnen werden, wissen wir noch nicht. Trotz der neuen Steuern haben wir uns daher auf einen Abgang von mehr als 1600 Millionen in der dauernden Gebarung gefaßt zu machen. Was diese Ziffer bedeutet, zeigt ein vergleichender Blick auf das letzte Friedensjahr, in welchem alle direkten und indirekten Steuern, die Gebühren und die Verwaltungseinnahmen — also alle Staatseinnahmen mit Ausnahme der Betriebe und Monopole — nur 1282 Millionen Kronen eingetragen haben.

Ungeachtet solcher Ziffern erledigt sich die Frage, ob wir gelegentlich und mit kleinen Mitteln weiter arbeiten oder ob wir endlich nach einem großzügigen Plane vorgehen sollen, wohl von selbst. Daß ein solcher Plan heute nicht abgeschlossen sein kann, sondern nach dem Kriege einer Erweiterung bedürfen wird, ist ebenfalls klar. Aber ein Defizit von 1600 Millionen Kronen bestehen lassen, bis es sich nach dem Kriege verdoppelt oder verdreifacht hat, wäre geradezu unbegreiflich, und wir würden mit einer solchen Wirtschaft auf der ganzen Welt, unter Feind und Freund, einzig und allein dastehen. Solche Summen lassen sich aber nicht aus vereinzelt eintreffenden Einnahmen, sondern nur auf Grund eines Planes aufbringen, und nach vier Jahren der Nachlässigkeit und des Hinausschiebens ist keine Woche mehr zu verlieren.

Nach den Erklärungen der Regierung wird auch an einem solchen Plane gearbeitet: ob weitgehend und rasch genug, vermögen wir allerdings nicht zu bejahen. Jedenfalls ist es Sache der Regierung, mit kräftigem Schritte voranzugehen und sich nicht vom Abgeordnetenhaus drängen und hinaustreiben zu lassen. Strenge genommen soll nicht das Parlament, sondern die Regierung Steuern verlangen, jedenfalls fällt es aber weder in die Kompetenz, noch in die Leistungsfähigkeit eines Parlaments, einen Plan und ein System der Steuern auszuarbeiten.

Leider ist die Deckung des Abganges in der dauernden Gebarung weder die wichtigste noch die dringendste finanzielle Aufgabe. Angenommen, es gelingt die Aufbringung von weiteren 1600 Millionen Kronen, so haben wir zwar in der dauernden Gebarung leidlich Ordnung gemacht, jedoch noch nichts getan, um die Finanznot dort zu beheben, wo sie die Wirtschaft des Staates und jedes einzelnen Staatsbürgers am gefährlichsten bedroht. Es handelt sich um die Bedeckung des Abganges in der vorübergehenden Gebarung. Für diesen Abgang zusätzlich des Abganges in der dauernden Gebarung, der Ueberforderungen und des Fehlbetrages im Vorjahre ist eine Anleihebegebung von 21.000 Millionen Kronen vorgesehen. Von diesen 21 Milliarden Kronen werden aber durch 5 $\frac{1}{2}$ prozentige Kriegsanleihen nur rund 12 Milliarden Kronen aufgebracht, für die übrigen 9 Milliarden Kronen müssen zum größten Teile Schulden bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank gemacht, das heißt neue Banknoten gedruckt werden. In der Tat hat die österreichische Regierung in den sechs Monaten vom März bis August sechsmal 954 Millionen Kronen, also über 5,7 Milliarden Kronen Noten bezogen, während Ungarn wesentlich hinter der ihm gebührenden Quote zurückgeblieben ist. Daß diese Zettelwirtschaft die Teuerung ins Unerträgliche steigert, liegt auf der Hand, und daß sie aufhören müsse, hat der Ministerpräsident im Finanz-ausschusse mit aller Entschiedenheit erklärt.

Dazu bedarf es aber wieder eines Finanzplanes, und zwar eines solchen, der in der kürzesten Zeit Abhilfe bringt. Fortlaufende Steuern, Mehreinnahmen aus den Staatsbetrieben und auch neue Monopole mögen das Defizit in der dauernden Gebarung beseitigen; darüber hinaus eine Summe zu liefern, die zu den neun Milliarden in irgendeinem Verhältnisse steht und die der Zettelwirtschaft ein Ende macht, vermögen sie nicht. Innerhalb weniger Monate viele Milliarden beschaffen, kann nur eine Zwangsanleihe oder eine Vermögensabgabe. Eine Zwangsanleihe verschlechtert den Kredit und geht zum großen Teile auf Kosten des Erfolges der regulären Kriegsanleihen, so daß wir auf den einzigen Ausweg der Vermögensabgabe gedrängt sind.

Darüber, wie eine Vermögensabgabe aufzubauen wäre, die sich in kürzester Zeit realisieren läßt, wird eingehender zu sprechen sein. Heute wollen wir nur andeuten, daß eine in kurzer Zeit realisierbare Vermögensabgabe zwei Beschränkungen unterliegt, einer Beschränkung auf mäßige Sätze und auf größere Vermögen, daß sie also nur eine Vorstufe bildet für eine spätere allgemeine Abgabe mit höheren endgültigen Sätzen. In beiden Beschränkungen wird man weiter gehen können, wenn zweierlei Entfassungen gleichzeitig eintreten; erstens eine Vermögenszuwachssteuer und zweitens eine Herabminderung der militärischen Ausgaben, die viele Milliarden umfassen kann, ohne unsere Wehrkraft auch nur im mindesten zu beeinträchtigen.